

Internationale Konferenz der Historiker der  
Arbeiterbewegung (ITH), Linz 1987

Friedhelm Boll, Bonn

Verständigungsfrieden als Schutz deutscher Interessen.  
Anmerkungen zur Friedenspolitik der deutschen Sozialde-  
mokratie im Krisenjahr 1917

TÜRKİYE SOSYAL İSTİKLAL TARİHİ ARAŞTIRMA VAKFI

Verständigungsfrieden als Schutz deutscher Interessen.

Anmerkungen zur Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokratie im Krisenjahr 1917

Für viele internationalistisch gesinnte Sozialisten der Kriegszeit galt die Grundüberzeugung: Wenn die Internationale schon nicht den Krieg hatte verhindern können, so sollte sie wenigstens den Frieden gewinnen oder an seinem Zustandekommen wesentlichen Anteil haben. Das Krisenjahr 1917 brachte in diesem Zusammenhang den Höhepunkt der sozialistischen Reise- und Konferenzdiplomatie, da die revolutionären Vorgänge in Rußland neue Hoffnungen auf den Friedensschluß bzw. auf einen Separatfrieden weckten. Allein das Stichwort Stockholm war in der Lage, die Massen zu mobilisieren. Gleichzeitig erblickten die kriegführenden Regierungen zum ersten Mal in den sozialistischen Friedensbemühungen ernsthafte Konkurrenten, die ihre Vorstellungen vom militärischen Sieg durchkreuzen und zu einem "faulen", "laschen" oder auch "Verständigungsfrieden" führen könnten. Was in dieser Situation sozialistische Friedenspolitik bedeutete, soll am Beispiel der deutschen Sozialdemokratie erläutert werden. Dabei soll auf folgende Thembereiche näher eingegangen werden:

1. Angesichts der aufgepeitschten Volksleidenschaften stellte sich das Problem des Friedensschließens während des 1. Weltkriegs auf völlig neue Art. Es ging nicht wie in vorangegangenen Kriegen um konkrete und den kriegführenden Parteien bekannte Kriegsziele, sondern um Sieg oder Niederlage schlechthin. Damit bildete die Herstellung einer gerechten oder wenigstens stabilen Friedensordnung nach Beendigung des Kampfgeschehens eine zentrale Aufgabe, der sich vor allem Sozialisten, bürgerliche Pazifisten (und Präsident Wilson) annahmen.

2. In dieser Situation kam den sozialistischen Parteien eine besondere Rolle als Gradmesser sowie als Garant der Massenloyalität zu. Oppositionsbewegungen beeinflussten sich über die Fronten hinweg genauso wie die am Burgfrieden festhaltenden Parteirichtungen. Ja selbst Regierungen der kriegführenden Staaten suchten die Friedensbewegungen der Gegenseite durch entgegenkommende Erklärungen zu beeinflussen. In diesem Spiel mit vielen Bällen sind die Friedenserklärungen einzelner Parteien und Gruppierungen auf ihre Abhängigkeit
- a) vom Stand des Kriegsgeschehens,
  - b) vom innerparteilichen Spaltungsprozeß und
  - c) von der Entwicklung der Massenbewegungen im eigenen wie in den anderen kriegführenden Ländern zu sehen und zu interpretieren.

I.

Der Kriegsausbruch 1914 stand unter dem Zeichen einer großen, allgemeinen Heuchelei. Angesichts der sich seit Jahren steigernden internationalen Spannungen, der Heeresvermehrungen, Flottenprogramme und des allgemeinen Wettrüstens konnte es nicht verwundern, daß der Kriegsausbruch im Sinne einer notwendig gewordenen Landesverteidigung gestaltet werden mußte. Sozialpsychologisch erklärt sich daher die allenthalben überschäumende, wenn auch kaum in Arbeiterkreisen anzutreffende, Kriegsbegeisterung als die lang ersehnte Lösung einer unerträglich gewordenen Spannung, bei der sich der anhaltende Verbal- konflikt endlich in ungebremstes, handgreifliches Draufschlagen ausagieren konnte. (Vergleiche: Der wahre Jacob Nr. 733 vom 28.8.194: "Nun, Kinder drauflos! Jetzt hilft nur noch das Dreschen!")<sup>1</sup> Die besondere "Leistung" der damals handelnden Staatsmänner bestand gerade im möglichst geschickten Aufbau dieses teuflischen Szenarios, in dem

die Expansionsabsichten hinter der "gerechten Sache der Landesverteidigung" kaschiert werden konnten. Nicht umsonst stand die Berliner Inszenierung der Julikreise mit der Kennzeichnung Rußlands als des unbändigen Angreifers unter dem Motto Bethmann-Hollwegs: "Sonst kriege ich die Sozialdemokratie nicht mit". Daher auch der Kommentar Admiral von Müllers: "Stimmung glänzend. Die Regierung hat eine glückliche Hand gehabt, uns als die Angegriffenen hinzustellen" (Beide Äußerungen vom 1. August 1914).<sup>2</sup>

Dennoch verblieb bei der deutschen Sozialdemokratie auch am 3./4. August 1914 ein Rest von Mißtrauen, das einem eventuellen Umschlagen des angenommenen Verteidigungskrieges in einen Eroberungskrieg vorzubeugen suchte durch den Satz: "Sollte die Regierung gestatten, daß der Krieg von deutscher Seite den Charakter eines Eroberungskrieges annimmt, dann werden wir uns gegen sie auf das energischste wenden."<sup>3</sup> Angesichts dieser Drohung, die auch ohne ihre offizielle Verkündung im Reichstag präsent blieb, ging es der deutschen Reichsleitung darum, expansive Kriegszielprogramme geheim zu halten oder - nachdem eine eroberungsgierige Öffentlichkeit dies nicht mehr zuließ - , diese in pauschal gehaltenen Wendungen als notwendige Verteidigungsmaßnahmen zu bemänteln. Nur ohne die Festlegung konkreter Kriegsziele ließ sich die Fiktion vom Verteidigungskrieg aufrecht erhalten und gleichzeitig die erhofften Gebietserwerbungen anstreben. Je länger der Krieg dauerte, je grausamer sich das "Menschenschlachthaus" gestaltete (Seeblockade Deutschlands ("Aushungern") einerseits, Überfall auf das neutrale Belgien, Gaseinsatz und unbeschränkter U-Boot-Krieg andererseits), umso größer wurde das Unsicherheitstrauma, umso ungezügelter die Kompenstations- und Entschädigungsforderungen, umso gravierender auch die Belastung des Friedensschließens durch die Kriegsschuldfrage. Wehe dem, der als der Urheber dieser Leiden überführt werden würde. Wenn es wirklich nur um die Verteidigung der eigenen Grenzen gegangen wäre, hätte der Krieg nach kurzer Zeit beendet sein müssen. Aus dem Verlauf des Krieges entwickelte sich

jedoch die beschriebene Eigendynamik der Sicherheitspropaganda, der zufolge der Krieg auf eine Weise beendet werden müsse, die neue Kriege unmöglich mache. "A war that will end war" war eine Forderung, die auch die britische Öffentlichkeit beherrschte.<sup>4</sup> Der Krieg wurde zum Kreuzzug, das Sicherheitstrauma zum existentiellen Trauma. Nicht realistisch erreichbare konkrete Ziele, sondern nur der klare militärische Sieg schien die erhoffte Sicherheit zu bieten. Da jedoch alle kriegführenden Staaten auf antiannexionistische Minderheiten Rücksicht nehmen mußten, unterblieb die klare Formulierung von Kriegszielen. Diese Situation machte das Friedensschließen im Ersten Weltkrieg zu einem außerordentlich schwierigen, ja unlösbaren Problem. Es blieb nur der Diktatfriede, der in Brest-Litowsk von deutscher Seite erstmals vorexerziert wurde, so daß seine Wiederholung in Versailles nicht hätte überraschen dürfen. Die vergiftende Wirkung des Diktatfriedens auf die internationale Völkergemeinschaft der Zwischenkriegszeit ist bekannt.<sup>5</sup>

## II.

In Kreisen des bürgerlichen Linkliberalismus und der sozialdemokratischen Opposition Deutschlands, vor allem aber Großbritanniens, gab es schon 1915 größte Befürchtungen, daß der Krieg bis zum "Weißbluten" fortgesetzt werde und daß es aufgrund des aufgepeitschten Völkerhasses auch nach Beendigung des Waffenganges nicht zu einer Verständigungspolitik kommen werde. Eine stabile, von Militarismus, Revanchegedanken und erneutem Wettrüsten befreite Friedensordnung schien nur möglich, wenn der Krieg nicht mit dem Sieg einer Seite, sondern auf dem Verhandlungswege beendet werde. Vor allem die Gruppe um Haase, Kautsky, Bernstein, Ströbel und Eisner vertrat in Deutschland das, was in England "Peace without victory" genannt wurde.<sup>6</sup> Dies schien ihnen der einzig gangbare Weg und als die Chance der Sozialistischen Internationale, von der sie angesichts der betäubenden Wirkung des

Kriegsausbruchs zunächst geglaubt hatten, daß sie als Politikinstrument für die Kriegszeit ungeeignet sei.<sup>7</sup>

Angesichts der Unfähigkeit der Regierungen, konkrete Schritte zur Beendigung des Krieges auf dem Verhandlungswege einzuleiten, erhielt die Internationale für alle Oppositionsbewegungen den Wert eines zentralen Instrumentes ihrer Verständigungspolitik. Information über die Friedensbewegungen des Auslands statt Völkerverhetzung, Kontaktaufnahme und Sondierung konkreter, nicht diskriminierender Friedensbedingungen statt Durchhaltepropaganda für den militärischen Sieg, Verhandlungen und Festlegung eines realisierbaren Friedensplans statt Vernichtung des Gegners und Diktatfriede waren die Alternativen, die zeigten, daß die Internationale nie wichtiger war als während dieses Krieges.

Nachdem Mitte 1915 die deutschen Annexionspläne auch öffentlich ins Kraut schossen und in leicht abgemilderter Form auch vom Reichskanzler Bethmann-Hollweg gestützt wurden, sahen die deutschen Oppositionsgruppen den Zeitpunkt eines öffentlichen Auftretens gegen die deutschen Annexionspläne und damit für die Aufkündigung des Burgfriedens gekommen. (Siehe die Erklärungen "Das Gebot der Stunde" und das sogenannte Unterschriftenflugblatt).<sup>8</sup> Wenn schon die Versuche von den Regierungen, konkrete nichtannexionistische Kriegszielbestimmungen zu verlangen, scheiterten, so sollte wenigstens im Kreis der sozialistischen Parteien dem Verständigungsfrieden vorgearbeitet werden. Hierzu waren jedoch vor allem die Mehrheitsflügel der französischen Partei sowie die Labour Party nicht bereit, weil sie sich erst dann an einen Tisch mit der SPD setzen wollten, wenn diese den Burgfrieden aufgekündigt habe.<sup>9</sup> Worauf ist dieses schlechte Ansehen der SPD zurückzuführen?

Lademacher hat nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, daß gerade zu diesem Problem der gegenseitigen Wahrnehmung der sozialistischen

Parteien, der wechselseitig entstandenen und publizistisch verbreiteten Feindbilder keine ausreichenden Forschungen vorliegen.<sup>10</sup> Würde dies differenziert unter Einschluß der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse vorgenommen, so erhielten wir zweifellos genauere Kenntnis über die Frage, warum in einzelnen Städten die Friedensbewegungen stark und in anderen schwach ausgeprägt waren. Die positive Darstellung der ausländischen Friedensbewegung hat nämlich stark motivierend auf die lokale Antikriegsbewegung gewirkt, während die gehäßig verzerrte Darstellung der ausländischen sozialistischen Strömungen die Friedensbewegungen behindert und eingeschränkt haben.<sup>11</sup>

Auch ohne das Bild der SPD im feindlichen und neutralen Ausland detailliert zu kennen, sei hier auf dem nicht unberechtigten Vorwurf verwiesen, daß die SPD trotz ihrer mehrfach erklärte antiannexionistischen Einstellung weiterhin die kaiserliche Regierung unterstützte, die sich eindeutig als Aggressor herausgestellt habe und deren Expansionsinteressen unübersehbar seien, zumal deutsche Truppen an allen Fronten in Feindesland standen. In diesen Vorwürfen steckte der nicht unbegründete Verdacht, daß der Mehrheitsflügel der SPD den Sieg der deutschen Waffen erhoffte und nicht zuletzt deshalb am Burgfrieden festhielt.

Auch von Seiten deutschfreundlicher Sozialisten aus neutralen Staaten wurde der erste Schritt zur Wiederherstellung der Internationale von der deutschen Sozialdemokratie erwartet, die jedoch in den zentralen Streitpunkten, der Rückgabe Elsaß-Lothringens und der Wiederherstellung Belgiens in völliger, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Selbstbestimmung bei einer intransigenten Haltung blieb.<sup>12</sup>

Verfolgt man die parteiinternen Auseinandersetzungen von 1915/16, so stellt sich immer wieder heraus: Der Mehrheitsflügel lehnte jede Stellungnahme ab, die als Einschränkung der Siegesaussichten, als innere Schwäche oder Uneinigkeit Deutschlands und somit als Hoffnungsschimmer

auf ein deutsches Zurückweichen hätte ausgelegt werden können. In Unkenntnis der wahren Kriegslage, die nach dem Scheitern der deutschen Truppen an der Marne einen deutschen Sieg gar nicht mehr zuließ, lehnte es die SPD ab, den Überfall auf Belgien eindeutig zu verurteilen und zeigte sich intern sogar mit einer verschleierte Annexion dieses Nachbarlandes einverstanden.<sup>13</sup> Obwohl Eduard Bernsteins Studien zumindest eine klare Mitschuld des Reiches am Kriegsausbruch erbracht hatten und seine Berechnungen über die Zerstörungen in Belgien und Nordfrankreich zeigten, daß ein Friede auf dem status quo ante ein für die deutsche Seite äußerst günstiger Kriegsausgang bedeutete, sah sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht in der Lage, mit einer klaren Forderung nach einem Frieden ohne Sieger und Besiegte gegen die Reichsregierung Front zu machen.<sup>14</sup>

Die französischen und belgischen Sozialisten befanden sich seit Beginn des Krieges in einer weitaus schwierigeren Lage. Aufgrund der Niederlage Belgiens und der drohenden Niederlage Frankreichs lehnten sie eine Friedenskampagne der II. Internationale strikt ab, da ein Friedensschluß angesichts der militärischen Situation nichts anderes hätte erreichen können als die Festschreibung der Niederlage und die Anerkennung der preußisch-deutschen Vorherrschaft in West- und Mitteleuropa.<sup>15</sup> Sie forderten daher als Vorbedingung die Beseitigung des preußischen Militarismus, die Wiederherstellung Belgiens mit politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit sowie die Rückgabe Elsaß-Lothringens.<sup>16</sup>

Die Position der belgischen und französischen Mehrheitssozialisten, vor allem die Forderung nach der militärischen Niederlage des Reiches, war nicht weniger nationalistisch als die der deutschen Mehrheit. Der Unterschied bestand nur darin, daß die Franzosen angesichts der militärisch ungünstigen Situation keine Friedensbereitschaft erkennen lassen durften, da dies die Kapitulation bedeutet hätte, während die SPD ihre nationalistische Haltung hinter der formalen Friedensbereit-

schaft verbergen konnte, da sie die militärische Überlegenheit der deutschen Waffen im Rücken hatte. Diese Unterschiedlichkeit der Situation nutzte die deutsche Mehrheitssozialdemokratie rigoros aus, indem sie die französischen und belgischen Mehrheitsparteien als diejenigen denunzierte, die die Friedensbemühungen ständig sabotierten und die daher das fortgesetzte Scheitern aller Friedensinitiativen im Rahmen der II. Internationale verursacht hätten.<sup>17</sup> Diese als heuchlerisch empfundene Haltung der deutschen Mehrheitssozialdemokratie trug wesentlich zu ihrem schlechten Ansehen bei, während man die offen nationalistische Haltung der französischen Mehrheit angesichts der drohenden militärischen Niederlage eher zu entschuldigen bereit war.

Die intersozialistische Polemik zeigte, wie stark die Burgfriedenspolitiker das Feld der Internationale für die Stabilisierung ihrer eigenen Position mißbrauchten. Dabei mußte selbstredend das ehemals positive Bild der befreundeten sozialistischen Parteien in ein Feindbild verwandelt werden. In der deutschen mehrheitssozialdemokratischen Presse wurde die intransigente Haltung von SFIO und Labour Party naturgemäß als Argument für die Notwendigkeit des eigenen Durchhaltens verwandt, während die dortigen Oppositionsbewegungen positiv gewürdigt wurden, da sie den "Imperialismus" der eigenen Regierung anprangerten. Der innerparteilichen Oppositionsbewegung, die ab 1915 ähnliche Vorwürfe gegen die deutsche Reichsleitung erhob, wurde seitens der Mehrheitspresse vorgehalten, der Entente in die Hände zu arbeiten, den Durchhaltewillen des Gegners zu stärken und so den Krieg zu verlängern.<sup>18</sup>

Im Gegensatz zur Fraktionsmehrheit gehörte die Fortsetzung der internationalen Kooperation zu den wichtigsten Orientierungspunkten der Opposition um Haase, Kautsky und Bernstein. Haase hielt dabei auch der Fraktionsmehrheit ihre heuchlerische Haltung gegenüber der Internationale vor, indem er den Kernsatz der Mehrheitsargumentation auf die Situation der französischen Genossen übertrug. In der berühmten

Erklärung vom 4. August 1914 hatte die SPD erklärt, daß dem Krieg ein Ende gemacht werden solle, "sobald das Ziel der Sicherungen erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind". Wende man diesen Satz auf die französische Situation an, argumentierte Haase, so könnten die Franzosen noch gar nicht den Frieden wollen. Wenn man schon derartige "Parolen" aus dem bürgerlichen Lager übernehme, müsse man dies auch den französischen Genossen zubilligen, die ihre Haltung rechtfertigten, indem sie sagten, das Ziel der Sicherungen sei erst erreicht, wenn der Feind aus dem Land vertrieben sei.<sup>19</sup>

Mit der fortwährenden Betonung ihrer Gesprächsbereitschaft hatte die Mehrheitssozialdemokratie eine überaus günstige taktische Position eingenommen: Sie konnte das Thema Frieden für sich reklamieren, die Schuld am Mißerfolg internationaler Verständigungsbemühungen aber den Entente-Sozialisten anlasten und ihre Intransigenz in Sachfragen dahinter verbergen.

Das sich im Jahre 1915 verstärkende Mißtrauen der französischen Sozialisten gegenüber der SPD-Mehrheit saß äußerst tief. Man betrachtete sie als verlängerten Arm des Kaisers. Ihre konsequente Politik der Kreditbewilligung, ihre Weigerung, die Verletzung der belgischen Neutralität zu verurteilen und die volle Wiederherstellung dieses Nachbarstaates öffentlich zu fordern, wurde im Verein mit ihrer Forderung nach Gleichzeitigkeit bei Friedensaktionen "als vom Kaiser bestellte Arbeit" bezeichnet, die letztlich auf die Unterminierung des Burgfriedens der Feindstaaten abzielte und damit eine Schwächung des Gegners beabsichtigte, während man im eigenen Land das Durchhalten predigte.<sup>20</sup> Der belgische Sozialistenführer Vandervelde, der auch gleichzeitig Vorsitzender der II. Internationale war, brachte die Kritik an der SPD auf die Formel:

"Les socialistes allemands nous tendent la main, tandis qu'ils ont l'autre dans la main sanglante du Kaiser".<sup>21</sup>

Aus diesen Gründen sperrten sich die französischen und belgischen Sozialisten gegen alle Vorschläge, die auf einen baldigen Frieden

zielten.<sup>22</sup> Dabei vermuteten die Entente-Sozialisten nicht zu Unrecht, daß die Gesprächsbereitschaft des Mehrheitsflügels der SPD mit dem Reichskanzler abgestimmt war und zu dessen Konzeption gehörte, "die Entente zu sprengen".<sup>23</sup> Scheidemanns Memoiren bestätigen, daß er und seine Richtung durchaus bereit waren, sich für einen Separatfrieden mit Rußland oder Frankreich in die Pflicht nehmen zu lassen.<sup>24</sup>

### III.

Die Situation im Frühjahr 1917 war auf deutscher Seite durch drei Hauptmerkmale gezeichnet. 1. Die russische Februarrevolution hatte die Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes offengelegt und - so schien es - die Chance eines Separatfriedens und einer "Sprengung der Entente" eröffnet. 2. Der Kriegseintritt der USA gab dem Widerstandswillen der Ententestaaten neuen Auftrieb und erhöhte die Ängste der deutschen Bevölkerung, zumal 3. die Lebensmittelversorgung immer schlechter wurde und die Widerstandskraft, vor allem der Industriestädte, zu erlahmen drohte. Die Kombination dieser Faktoren führte im Frühsommer 1917 zu einer nervösen Krisenstimmung, vor allem in der Reichshauptstadt, weil die Zeit für einen erträglichen Friedensschluß immer knapper zu werden drohte. Ein vierter Kriegswinter schien bevorzuzustehen.

Die mit dem revolutionären Rußland verbundenen Hoffnungen knüpften sich an die vom Petrograder Sowjet ausgegebene Formel vom "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker", die der Mehrheitssozialdemokratische Parteiausschuß und die Parteiführung in mehreren Erklärungen euphorisch begrüßt hatte, und die die MSPD-Führung zur Grundlage eines deutschen Friedensangebotes gemacht sehen wollte.<sup>25</sup> Gleichzeitig hatte das russische Beispiel den notfalls revolutionär herbeizuführenden Zusammenhang von innerer Demokratisierung und außenpolitischer Verständigungsbereitschaft vorexerziert, so daß die Reichsregierung

sich im April 1917 zur Ankündigung von inneren Reformen und zur Einsetzung eines Verfassungsausschusses im Reichstag bereitfinden mußte. Auf dem Hintergrund einer massiven, politisch begründeten Streikwelle im Anschluß an die Konstituierung der sozialdemokratischen Opposition zu einer eigenständigen Partei (USPD) im April 1917 und der festen Erwartung, daß die Reichsregierung die Petrograder Friedensformel übernehme, entfachte die MSPD-Presse ab Mai 1917 eine publizistische Friedensoffensive, wie sie in der Geschichte des Ersten Weltkrieges einmalig war.

Es verging kaum ein Tag, an dem die sozialdemokratischen Blätter nicht mit Schlagzeilen zur Friedensarbeit der russischen Sozialisten, zu den Vorbereitungen der Stockholmer Konferenz, zu den diversen Reisen deutscher und skandinavisch-holländischer Sozialisten und zu den überraschenden Wandlungen innerhalb der Entente-Sozialisten aufwarteten.<sup>26</sup> In Reichstagsreden und Presseveröffentlichungen, zu denen auch die diplomatischen Missionen von Matthias Erzberger Veranlassung gaben, wurde der Eindruck erweckt, als könne die Reichsregierung bei Übernahme des sozialdemokratischen "Verständigungsprogramms", d.h. bei einem klaren Entgegenkommen und jeglichem Annexionsverzicht gegenüber Rußland, den Verständigungsprozeß so weit voranbringen, daß Rußland sich einem deutschen Friedensangebot nicht mehr entziehen könne. Daraufhin würden die bisher in der Minderheit stehenden französischen und britischen Oppositionsgruppen die Mehrheiten in ihren Parteien übernehmen.<sup>27</sup> Unter dem Druck dieser auch in Frankreich von massiven Demonstrationen und Streiks begleiteten Friedensbewegungen (und massenhaften Befehlsverweigerungen im französischen Heer) begannen SFIO und Labour Party ab Mai/Juni 1917 ihren Widerstand gegen eine gemeinsame Konferenz mit der SPD aufzugeben, so daß die Aussichten auf einen allgemeinen Frieden wesentlich verbessert, oder wenigstens ein Separatfrieden mit Rußland in greifbare Nähe zu rücken schien. Während die Entente-Regierungen in Erwartung amerikanischer Subsidien auf Zeit spielten, die russische provisorische Regierung die Kerensky-Offensive vorbereitete, der vierte Kriegswinter drohend näherrückte und der

unbegrenzte U-Boot-Krieg sich als Fehlschlag herausstellte, spitzte sich die Situation für die MSPD Ende Juni 1917 immer stärker zu. Die von ihr so massiv geschürten Friedenshoffnungen basierten auf dem Glauben an ein akzeptables deutsches Friedensangebot gegenüber Rußland, das auch den in Stockholm stattgefundenen Verhandlungen des Zentrums politiklers Erzberger mit sowjetischen Vertretern zugrunde lag.<sup>28</sup> Da die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) diesen Annexionsverzicht scharf ablehnte, drohten beide Aktionen - die sozialdemokratische Friedenskampagne ebenso wie die Erzbergerschen Geheimverhandlungen - zu scheitern. Die SPD sah sich daher Ende Juni zum ersten Mal gezwungen, die Ablehnung der Kriegskredite ernsthaft in Erwägung zu ziehen.<sup>29</sup> Angesichts dieser Krise stürzte der Reichskanzler Bethmann-Hollweg, da er seine Schuldigkeit, die SPD bei der Stange zu halten, nicht mehr erfüllen konnte. Die Mehrheitsparteien, einschließlich der SPD, taten sich zur Verabschiedung der berühmten Friedensresolution des Reichstags zusammen, die das Einschwenken auf die Petrograder Friedensformel enthielt, so daß die Kreditbewilligung der SPD gerettet war. Außenpolitisch hatte man jedoch überhaupt nichts erreicht, da die OHL ihren Kandidaten als Kanzler durchsetzte, der nicht nur die Friedensresolution zu wertlosem Papier degradierte ("wie ich sie auffasse"), sondern auch die im Herbst 1917 folgende Friedensvermittlung des Papstes an deutschen Maximalforderungen in der Belgienfrage scheitern ließ.<sup>30</sup>

Die Friedensresolution ebenso wie die Auslegung der Petrograder Friedensformel ("Frieden ohne Annexionen und Kontributionen") konnten auch inhaltlich nicht überzeugen, weil sie viel zu deutschfreundlich waren. Das in Stockholm vorgetragene MSPD-Memorandum begrenzte das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf die Gebiete, die während des Krieges den Besitzer gewechselt hatten. Damit wurde eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen abgelehnt. In den von deutschen Truppen besetzten Gebieten jedoch sollte es der Bevölkerung gestattet sein, über den Verbleib bei Deutschland selbst zu entscheiden. Damit blieben

Gebietserweiterungen in pro-deutschem Sinn weiterhin möglich, nicht jedoch umgekehrt, da im wesentlichen nur deutsche Truppen in Feindesland standen. Ebenfalls abgelehnt wurde eine finanzielle Beteiligung am Wiederaufbau zerstörter Gebiete in Belgien und Frankreich - dies sei Kriegskontribution.<sup>31</sup> So lief die inhaltliche Füllung dessen, was die MSPD unter "Verständigungsfrieden" verstand, immer noch auf einen gemäßigten deutschen Siegfrieden hinaus.<sup>32</sup> Folgerichtig hatte die MSPD-Delegation in Stockholm keinerlei Annäherung an neutrale, russische oder Entente-Sozialisten erzielen können. Nur beim deutschen Kaiser konnte sie für ihre Interpretation der Petrograder Friedensformel als "Schutzformel für uns" (Scheidemann) ein dickes Lob einstecken.<sup>33</sup>

Warum ist die SPD nicht konsequenter für ihre Überzeugung vom Verständigungsfrieden eingetreten? Warum hat sie nicht offenen Protest erhoben, als der Reichskanzler die Friedensvermittlung des Papstes scheitern ließ oder als die erpresserische Politik des Deutschen Reiches in Brest-Litowsk vor aller Welt offenbar wurde? Warum blieb sie die Gefangene des Burgfriedens?

1. Die unrealistische Einschätzung der deutschen Stellung in der Welt und ihrer militärischen Lage seitens der MSPD beruhte nicht zuletzt auch auf der großartigen Täuschung der deutschen Öffentlichkeit durch die OHL, die immer noch Siegeshoffnungen vermittelte als der militärische Zusammenbruch kaum noch aufzuhalten war.<sup>34</sup> Nationalistische Verblendung, auch bei Sozialdemokraten, wäre geringer, Verständigung im Kreis der Internationale leichter gewesen.
2. Das Koordinatensystem des Mehrheitsflügels der deutschen Sozialdemokratie war innenpolitisch ausgerichtet; man wollte im Innern weiterkommen, den Kontakt zu den bürgerlichen Mittelparteien nicht verlieren, einem deutschen Sieg nicht im Wege stehen.

3. Es fehlte der MSPD an außenpolitischer Kompetenz und Sensibilität. Daß man im Kreis der Internationale fast völlig isoliert war, spielte für sie keine große Rolle.<sup>35</sup> Man hatte die nationalistische Propaganda der Bürgerlichen von der durch England bewirkten Einkreisung, die es durch einen militärischen Sieg zu durchbrechen gelte, weitgehend übernommen.<sup>36</sup> Man hatte nicht die Köpfe und Konzeptionen für eine eigenständige Außen-, Friedens- und Verständigungspolitik, da diese zur Opposition abgewandert (Haase, Kautsky, Bernstein, Eisner, Breitscheid) oder überhaupt stärker im deutschen Linksliberalismus und Pazifismus angesiedelt waren.

Wenn von Winkler, Miller und anderen gefragt wird, warum die SPD 1918/19 nicht in der Lage war, einen dicken Strich zwischen der am Weltkrieg verantwortlichen Regierung des Kaiserreichs und der Revolutionsregierung zu ziehen<sup>37</sup>, so lag dies an der schon im Weltkrieg offenbar gewordenen Unfähigkeit zur realistischen Einschätzung der deutschen Stellung in der Welt. Die SPD war schon während des Weltkriegs viel zu sehr Teil des Systems geworden, als daß sie nach dem Zusammenbruch eine neue Außenpolitik der Klarheit und Wahrheit hätte betreiben können. Zu dem Eingeständnis, "daß unsere Haltung falsch war" (Paul Löbe, Juli 1919)<sup>38</sup>, daß man die Eroberungsabsichten der Reichsregierung gekannt und sie partiell sogar gebilligt hat, war man auch 1919 nicht bereit. Der demokratische Neubeginn hat unter dieser mangelnden Abgrenzung von der Außenpolitik des Kaiserreichs sehr gelitten. Kriegsunschuldslüge und Dolchstoßlegende wurden zu wenig bekämpft und "konnten weiter wuchern".<sup>39</sup>

Eine späte Einsicht ist allerdings zu konstatieren: In einer Werbeschrift des Parteivorstands der SPD von 1986 heißt es:

"Gewiß hatten von heute aus betrachtet die Gegner der Kriegskredite recht".<sup>40</sup>

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe auch die vielfach in Karikaturen verwandte Formel: "Jeder Stoß ein Franzos', jeder Tritt ein Britt', jeder Schuß ein Ruß'".
- 2 Zitiert nach Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M u.a. 1973, S. 670, 672.
- 3 Zitiert nach Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 64.
- 4 Gerhard A. Ritter, Friedensbewegung in Großbritannien 1914-1918/19. Die Union of Democratic Control und ihr Kampf um eine gerechte Friedensordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) XXII, 1982, S. 401-471, hier S. 417. Dort auch ausführlich zum neuartigen Charakter des Krieges als "Kreuzzug für die gerechte Sache und die Zivilisation, gegen Barbarei und Militarismus".
- 5 Zum Problem des Friedensschließens im Ersten Weltkrieg siehe Peter Graf Kielsmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt/M 1968, S. 205 ff; 420 ff.
- 6 Zur Entwicklung und Bedeutung der Vorstellung vom Verhandlungsfrieden in der deutschen Opposition siehe Friedhelm Boll, Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918, Bonn 1980, S. 129 ff. und für Großbritannien, Ritter, Friedensbewegung in Großbritannien, S. 416 ff.
- 7 Karl Kautsky, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg, in: Die Neue Zeit, 11.6.1915, S. 322-324. Am gründlichsten erforscht ist die Ausgangssituation der Internationale nach dem 4. August 1914 wohl bei Karlheinz Klär, Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale, Frankfurt/M. u.a. 1981, hier S. 154 ff.
- 8 Sozialdemokratische Partei-Correspondenz, 24. Juli 1915, S. 137 ff. Dokumente und Materialien: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II 1914-1945, Bd. 1, S. 169-185.
- 9 Agnes Blänsdorf, Die Zweite Internationale und der Krieg, Stuttgart 1979, S. 134 ff.; Ritter, Die Friedensbewegung in Großbritannien, S. 417.

- 10 Horst Lademachers Rezension von A. Blänsdorf, Die Zweite Internationale und der Krieg und G.A. Ritter, Hg., Die II. Internationale 1918/1919, 2 Bde, Berlin 1980, in: Geschichte und Gesellschaft (GG), 11. 1985, S. 496.
- 11 Boll, Friedensstrategien, S. 164 f.; ders., Massenbewegungen in Niedersachsen 1906-1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover, Bonn 1981 mit zwei lokalen Beispielen der positiven und negativen Beeinflussung der Friedensbewegung durch internationale Berichterstattung, S. 164 f., 180 ff.
- 12 Miller, Burgfrieden, S. 215, 279; Boll, Friedensstrategien, S.167.
- 13 Boll, Friedensstrategien, S. 176 ff.
- 14 Zu Bernstein siehe den Bericht in Sozialdemokratische Parteikorrespondenz 7.7.1917, S. 204.
- 15 Seit der Stabilisierung der Front 1916 galt dieses Argument in den Augen C. Huysmans nicht mehr. Er bestätigt allerdings die prekäre Lage der französischen Sozialisten in seiner wichtigen Rede auf dem Kongreß der niederländischen Sozialdemokratie vom Januar 1916. Siehe: Bericht der Kaiserlich-Deutschen Gesandtschaft im Haag vom 11. Januar 1916 über die Rede Huysmans, S. 4. Dort auch der Satz, "daß der Unterschied der Haltung der deutschen und französischen Sozialisten nur zu verstehen sei, wenn man den Unterschied ihrer Lage hinsichtlich des Kriegszustandes ins Auge fasse. Deutschland könne den Frieden wollen, denn es habe gewaltige Pfänder in seinem Besitz". PAAA, Europa Gen. Nr. 82, Nr. 17, Bd. II, Arbeiter- und Sozialistenkongresse.
- 16 Siehe die Diskussion im Parteiausschuß: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Reprint hrsg. von Dieter Dowe, Berlin/Bonn 1980, Sitzung vom 12./13.1.1915, S. 19 ff.
- 17 Siehe Scheidemann, Protokoll der Reichskonferenz der SPD 21.-23. September 1916, Berlin 1916, S. 18.
- 18 Eine Fülle von Belegen in: Boll, Friedensstrategien, S. 172, Anmerkung 53.
- 19 Protokoll der Reichskonferenz der SPD v. 21. - 23. September 1916. Berlin 1916, S. 75.
- 20 Protokoll des Parteiausschusses 12./13.1.1915, S. 39, 7.3.1915, S. 53.

- 21 Zitiert nach Blänsdorf, S. 281.
- 22 Dies wurde in der deutschen sozialdemokratischen Presse sehr stark herausgestrichen, siehe Sozialdemokratische Partei-Correspondenz, 11.9.1915, S. 217, 218. In den Jahren 1915 und 1916 enthielt fast jede Nummer der SP-C ähnliche Stellungnahmen ausländischer Sozialisten. Die von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegebene "Internationale Korrespondenz" hatte sich die Verteidigung der Mehrheitssozialdemokratie zur zentralen Aufgabe gemacht. Die propagandistische Herausstellung des Nationalsozialismus der sog. Bruderparteien diene gerade diesem Zweck.
- 23 Boll, Friedensstrategien, S. 172.
- 24 Siehe das Gespräch des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg mit Haase und Scheidemann, in: Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S. 26.
- 25 Boll Friedensstrategien, S. 210.
- 26 Ebda., S. 216 f.
- 27 Ebda., S. 210, Anmerkung 15.
- 28 Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin/Frankfurt/M. 1962, S. 203.
- 29 Siehe die äußerst aufgeregte Debatte im Parteiausschuß, Protokoll 26.6.1971, S. 17-27.
- 30 Boll, Friedensstrategien, S. 227, dort auch weitere Literatur; Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin/Bonn 1984, S. 225 (über die späteren Enthüllungen Erzbergers in dieser Sache).
- 31 Abgedruckt in Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, 14. - 20. Oktober 1917, Reprint Berlin u.a. 1973, S. 39, hier S. 40.
- 32 Siehe "Hamburger Echo" , 19.6.1917 ... ein Friede, "der jetzt zustande käme, ein gewaltiger Sieg Deutschlands darstellen würde". Daher sei an eine Verständigung der Entente zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu denken.
- 33 Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928, Bd. II, S. 32; Boll, Friedensstrategien, S. 211.
- 34 Epstein, Erzberger, S. 369 ff.
- 35 Typisch die Äußerung Gustav Bauers von der Generalkommission der

- Gewerkschaften in der SPD-Reichstragsfraktion 1915: "Die Friedensfrage ist ein rein theoretisches Gerede; wir sollten die praktischen Arbeiterfragen voran und die hohe Politik zurückstellen", zitiert nach Boll, Friedensstrategien, S. 162.
- 36 Besonders einprägsam dargestellt durch das Auftreten der MSPD-Delegation in Stockholm 1917 und die dort von E. David vorgetragene Verteidigungsrede, die erschienen ist unter dem Titel "Wer trägt die Schuld am Kriege?", Berlin 1917.
- 37 Winkler, S. 207 ff. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1970, S. 194 ff. Siehe auch Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/1919. Stuttgart 1973.
- 38 Zitiert nach Winkler, S. 225.
- 39 Ebda., S. 226.
- 40 Sozialdemokratie in Deutschland 1863-1988, Bonn 1986.